

Er scheint wöchentlich
einmal: **Freitag**.

Anzeigen: Die Gekoppelte
Börse: 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.

Schluss der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Vertriebsstelle.

Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.

Redaktion und Expedition:
Berlin NO. 55,
Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S. = D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an W. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an W. Zietze, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 41/42.

Mittwoch, den 16. Oktober 1917.

28. Jahrgang

Inhalt: Deutsche Waren. — Partei und Gewerkschaften. — Arbeiterwohnhäuser. — Wochenschau. — Feuilleton: Die Flucht aus England. — Qualvolle Stunden im Unterseeboot. — Rundschau: Der Zentralkartell. — Wohnungsreform und Gebirgsbau. — Zuwendung an Stiefkinder des Kriegsgefallenen. — Aus der Rechtsprechung: Wer unter Tarif übernimmt, kann nicht nachträglich den Tarif fordern. — Patentschau. — Literarisches. — Sterbetafel. — Anzeigen.

„Rechte Neuheit“ wieder zu uns zurückzukommen und dann eifrig gekauft werden?

Das muß aber in Zukunft anders werden. Der Krieg hat uns die Augen geöffnet über lächerliche Ausländerei, er muß uns auch zum Bewußtsein bringen, daß wir in erster Linie die gute deutsche Ware kaufen müssen. In diese Verpflichtung müssen wir eben mehr denken lernen, wenn wir einen Laden betreten. Wir müssen uns darum bekümmern, was wir für Waren vor uns haben. Wir sind diese selbstverständliche Rücksicht uns selbst, aber auch unserem Volke, keinem Ansehen in der Welt wie seiner wirtschaftlichen Stellung schuldig. Jeder Grobhand, der für deutsche Waren ausgegeben wird, stärkt die deutsche Industrie, jeder Abnehmer fremdländischer Erzeugnisse schwächt die eigene Arbeit. Nach dem Kriege wollen die Gegner den wirtschaftlichen Kampf mit allen Mitteln fortführen. Dagegen müssen wir uns wehren. Am meisten wird uns die Güte unserer Waren helfen. In zweiter Linie müssen wir selbst sie aber beim Kauf bevorzugen.

Die Vereinigung „Deutsche Arbeit“ Berlin mit ihrer Monatschrift „Deutsches Schaffen“ hat sich zur Aufgabe gesetzt, im Sinne dieser Ausführungen zu wirken. Der deutsche Handel wird aber — ihm kommt ja auch in erster Linie der Nutzen zu, überhaupt mehr als bisher für seine Waren werben müssen. In Wort und Schrift muß er für sie eintreten, in jedem Laden mußte ein Plakat den Käufer mahnen, beim Kauf selbst hat der Kaufmann die beste Gelegenheit, hinzuweisen und aufzuklären. Eine wichtige Arbeit fällt der Schule zu. In Geschichte, Rechnen und Geographie ist so viel Gelegenheit geboten, das volkswirtschaftliche Verständnis der Mädchen zu stärken, und im Handarbeitsunterricht hat es die Lehrerin vollends in der Hand, den Schülertinnen die Güte der deutschen Waren zu zeigen und sie in dieser Beziehung an ihre nationalen Pflichten zu erinnern.

P. S. o. c. e.

„Gegner der Klassenbewußten Arbeiterschaft“ anzusehen sind, und daß in gemeinsame Ausschüsse mit dem Kartell dieses nur Mitglieder der Unabhängigen Partei delegieren dürfe. Eine solche Annahme hat der Kartellvorstand entschieden zurückgewiesen und mit dem Recht erklärt, daß das Kartell seinem Statut und seiner Praxis gemäß sich nicht darum kümmern darf, ob und wo die Mitglieder der ihm angeschlossenen Gewerkschaften politisch organisiert sind und wen diese mit ihrer Vertretung im Kartell betrauen. Schon in den Augustversammlungen war den Vertretern der Politisierung des Kartells kräftig bedeutet worden, daß die Parteipolitik auch weiter ferngehalten werden müsse. Demgemäß würde ein Zusammenwirken zwischen beiderseitigen Vertretern bei bestimmten Einrichtungen für die Allgemeinheit der Leipziger Arbeiter nicht mehr möglich sein, nachdem von der anderen Seite der Gehilfen der Unabhängigen ausgerichtet worden ist. Er soll nach dem jetzigen Aufruf aber nun auf der ganzen gewerkschaftlichen Linie respektiert werden. Die drei Kartellversammlungen im August haben nach hitzigen Debatten, die auf der Seite der Ultras eine schreckliche gewerkschaftliche Unruhe wie blinde Gefolgschaft der „L. B.“ erkennen ließen, einen Ausgang gehabt, daß die gewerkschaftlichen „Neurotiker“ in der Minderheit blieben. Es wäre aber besser gewesen, man hätte ihrem Begehren stattgegeben und noch ein viertes Turnier veranstaltet. Dann wären nach den Eintragungen in die Rednerliste nur noch Kartellanhänger zum Worte gekommen und das Ende wäre eine schwere Niederlage der Volkszeitungsleute gewesen. Inzwischen haben weitere Treibereien zum Austritt aus dem Kartell stattgefunden. In einer großen Organisation hat man sogar die Namen von Mitgliedern zur Einberufung einer Versammlung gemißbraucht, die davon gar nichts wissen wollen. Einer der Unterzeichner war sogar im Felde gefallen! So wird mit allen Mitteln gearbeitet. Einige Gewerkschaften haben seitdem den Austritt gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Abstimmungen sonst erfolgten zumeist in schlechtbesuchten Versammlungen. Am schlimmsten sah es bei den Metallarbeitern aus, die im April den Reigen eröffneten; hier soll nur ein knappes halbes Hundert Mitglieder für den Austritt gestimmt haben. Bei etwa 7000 Mitgliedern ist das eine ganz wunderbare Demokratie. Daß zwei Mitglieder der Metallarbeiterorganisation Redakteure der „L. B.“ sind, erklärt vieles.

Es wird weiter im „Korrespondent“ angedeutet, daß man bereits den „kommenden Mann als Arbeitersekretär“ ausersuchen hat, der die bisherigen Beamten ablösen soll, die sich der Gefinnungsnechtung nicht unterwerfen wollen. Fürwahr ein erbärmliches Bild für Scharfmacher! Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, die Sache der freien Gewerkschaften fördern zu wollen, aber die Vorgänge in Leipzig sind leider nur zu sehr geeignet, die Achtung vor der Arbeiterbewegung zu schmälern. Das sind die Folgen, wenn man die Politik in die Arbeiterorganisationen hineinträgt. (Gewerks.)

Deutsche Waren.

Ungeheure Summen müssen es sein, die die deutsche Frau alljährlich ausgibt. Fast alles, was im Hause und von den Familiengliedern gebraucht wird, besonders aber Kleidung, Nahrung, Schmuck, das wird gewöhnlich von ihr besorgt. Die Grobhand und Taler, die so von der einzelnen Frau verausgabt werden wachsen, wie die kleinen Quellen zum Strom, zu den Milliardensummen an, die wieder aufs neue unsere Industrie und unseren Handel kräftigen und der Frau wieder zahlreiche neue Artikel zum Kauf zuführen. In den letzten Jahrzehnten sind wir, wie schon die Kriegsanleihen beweisen, ein wohlhabendes Volk geworden, mit der fortschreitenden Kultur haben wir höhere Bedürfnisse empfunden, wir haben uns mehr daran gewöhnt, uns gute, alleidings auch teure Waren anzuschaffen. Es wird also viel Geld verausgabt und das dürfte nach dem Kriege aus dem Grunde in noch höherem Maße der Fall sein, als viele mit Neuanfassungen jetzt gewartet haben — besonders in Bezug auf Luxusgegenstände — und das Geld vielfach in andere Hände übergegangen ist, die zum vermehrten Geldausgeben befähigt und bereit sein werden.

Es ist also fraglos, daß der deutschen Frau als Käuferin eine große, eine ungeheure Bedeutung zukommt. Es kommt darauf an, was sie kauft. Es liegt viel daran, ob sie sich mit billigem Schund begnügt oder ob sie bewußt nur die gute, wenn auch teure Ware ersticht. Damit erniedrigt oder hebt sie unsere Kultur, damit verdirbt oder verehelt sie den Geschmack in der Familie, damit beeinflusst sie den deutschen Markt und die deutsche Weltgeltung. Es handelt sich hierbei um eine wichtige Sache, die es wohl lohnte, daß ihr nachgegangen würde. Aber ein zweites, für uns Deutsche nicht weniger wichtiger Punkt soll uns hier beschäftigen. Es ist zum andern auch eine sehr wichtige Frage, welchen Ursprungs die Waren sind, die die Frau ersticht, ob sie überhaupt wahllos, ohne Gedanken kauft oder ob sie bewußt den deutschen oder den fremdländischen Erzeugnissen den Vorzug gibt. Es darf wohl behauptet werden, daß das erstere bei weitem am öftesten zutrifft. In der Regel fragt die Frau wohl gar nicht, welchen Ursprungs die vorgelegten Waren sind, dafür hat sie kein Interesse; sie kauft eben, was ihr gerade zusagt. Sehr häufig kommt es daneben allerdings vor, daß von der Frau bestimmte Waren verlangt werden, daß sie dann selten dem Wert auf deutsche, meist dagegen auf ausländische Erzeugnisse legte.

Diese übermäßige, oftmals lächerliche Ueberschätzung der fremden Ware kann sich nur erklären aus der allgemeinen Sucht der Deutschen, das Fremdländische im Gegensatz zum Einheimischen über Gebühr zu bewerten, vielleicht auch daraus, daß unser Volk in früheren Zeiten nicht so sehr höhere Bedürfnisse empfand und daß die Industrie sie demnach auch nicht zu befriedigen brauchte. Zu beachten ist aber jedenfalls auch, daß noch so vielen unserer Frauen der politische Sinn abgeht, daß sie keine Einsicht haben in die volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, daß sie nicht wissen, wie von der Stellung eines Volkes auf dem Weltmarkte das Wohlergehen der gesamten Nation und des einzelnen abhängt und wie auch der einzelne durch sein Verhalten wieder das wirtschaftliche Schicksal des gesamten Volkes mitbestimmt.

Man könnte natürlich nicht verlangen, daß die deutsche Frau der deutschen Ware den Vorzug um jeden Preis gäbe, auch wenn sie an Güte die ausländische nicht erreichte. Es ist selbstverständlich, daß diese überall da bevorzugt wird, wo das betreffende Ausland durch seine natürliche Beschaffenheit eben in der Lage ist, ein Erzeugnis in unerreichbarer Güte herzustellen, wie das z. B. bei verschiedenen Lebensmitteln der Fall ist. Daran soll aber hier nicht gedacht werden, sondern an die vielen anderen Waren, die deutsche Industrie ebenso gut oder vielfach besser herstellt als die fremde. Wenn verdanken wir den unseren ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung? Doch der deutschen Arbeit, die auf Gültigkeit, Gediegenheit, Geschicklichkeit und gutem Geschmack ruht. Warum griff man England in den Krieg ein? Weil es die gute deutsche Arbeit fürstete. Die deutsche Ware hat sich bereits die Welt erobert und trotzdem wird sie gerade vom deutschen Volke bei weitem nicht erkannt und übersehen. Ist es nicht ein Beweis für die Güte unserer Erzeugnisse, daß sie im Ausland den Stempel des Deutschtums „Made in Germany“ tragen und ist es nicht so traurig wie lächerlich, daß deutsche Waren wie Nähmaschinen, Seidenwaren, Schmuckstücken den Weg ins Ausland gehen, um als



Hast Du schon Deine Pflicht getan?

Die Kriegsanleiheversicherung der Deutschen Volksversicherung macht es Dir möglich!



Partei und Gewerkschaften.

Es war vorauszu sehen, daß die Abspaltung der Unabhängigen von der Sozialdemokratie nicht ohne Rückwirkung auf die Gewerkschaftsbewegung bleiben würde. In Braunschweig und Leipzig, wo die Ueberradikalen in unverfälschter Reinkultur gedeihen, hat man bereits die „Konsequenzen“ aus der Spaltung der Partei für die Gewerkschaften gezogen. In Leipzig soll — wir geben im folgenden die Ausführungen des „Korrespondent“ der Buchdrucker wieder — die Gewerkschaftsvereinerung nun ihre „Krönung“ finden durch Gründung eines „Unabhängigen Gewerkschaftskartells“, dem alsbald die Einrichtung eines „Unabhängigen Arbeitersekretariats“ folgen wird. Am 1. Oktober haben die Funktionäre verschiedener aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell ausgetretener Organisationen — also nicht sämtliche von dem abgetrennten sieben — für gut befunden, die Zerstückelung der Leipziger Arbeiterschaft vollständiger zu machen. Demgemäß ruft nun eine namenlose Kommission die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, in ihren Organen zur Gründung eines zweiten Kartells Stellung zu nehmen. Dieser Schritt unheilvoller Verrätherheit überrascht nicht, nachdem man im August in den erweiterten Kartellversammlungen von den Wortführern der ausgetretenen Gewerkschaften den Zweck der Werbung mit einer Strupflosigkeit ausgesprochen hörte, als wäre das höhere Ziel der Arbeiterbewegung nur noch die Zerstückelung und Selbstzerfleischung. Ja, einer dieser Gewerkschaftszerstörer — bezeichnenderweise war es ein Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ als Metallarbeitervertreter — erklärte mit der größten Ungeniertheit, daß die Arbeitersekretäre und so und soviel Gewerkschaftsvereinernde von ihren Posten entfernt werden müßten. Die neuentdeckte „Generalkommissionspolitik“ ist nur eine Verbrämung für den politischen Untergrund des ganzen Streites; die Spaltung der Sozialdemokratie. In Leipzig ist die unabhängige Richtung oben auf und verlangt nun mit einem nur an der Pleiße möglichen Terrorismus, daß alles nach dieser Weise tanzt. Die Leitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Leipzig hat sogar feierlich dekretiert, daß die Mitglieder der alten Partei als

Arbeiter-Wohnhäuser.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Günstige Lage der Arbeiter-Mietwohnhäuser zur Arbeitsstelle, zu den Verkaufsstellen für Lebensmittel, zur Schule und Kirche, sowie Vermeidung verhältnismäßig großer Kosten infolge Beschaffenheit des Geländes sind für die Wahl des Bauplatzes ausschlaggebend. Gelände mit tiefliegendem tragfähigem Baugrund und ungünstigem Grundwasserstand kommen daher nicht in Betracht. Wenn möglich sollte die Lage der Baustelle zu den Himmelsrichtungen derart sein, daß die Fensterseiten des Hauses nach Osten oder Westen oder nahezu nach diesen Himmelsrichtungen angelegt werden können. Jedes Haus muß einen ausreichend großen Hof erhalten, der bei Gruppenthäusern durch Einrichtungen in einzelne Höfe zu trennen ist. Bei billigen Bodenpreisen empfiehlt es sich, jedem Mieter einen Garten zu geben.

Ob Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhäuser zu errichten sind, ist von den Kosten abhängig. Im allgemeinen werden die Kosten für Ein- und Zweifamilienhäuser eine so bedeutende Höhe erreichen, daß der erforderliche jährliche Mietzins von 4 bis 5 Prozent der Kosten nur bei sehr niedrigen Bodenpreisen und hohen Mieten erzielt werden kann. Die Wahl wird daher in der Regel auf Häuser für mehr als zwei Wohnungen fallen. Für größere Städte dürfte sich das Sechsfamilienhaus empfehlen. Sind mehr Wohnungen, als in einem Hause untergebracht werden können, erforderlich, so würden Einzelhäuser oder in Gruppen von zwei, drei, vier oder mehr aneinander gebaute Einzelhäuser in Frage kommen. Hierbei ist zu beachten, daß die Vereinigung mehrerer Häuser hinsichtlich der Kostenverringerung als auch des besseren Wärmeschutzes wegen der Vorzug zu geben ist, wenn die örtlichen Verhältnisse dies zulassen und nicht Einzelhäuser fordern. Es ist zweckmäßig, die Häuser ganz zu unterkellern.

Obwohl die Herstellung eines besonderen Eingangs für jede Wohnung zweckmäßig ist, so wird dies nur selten möglich

sch, da mehren nur ein Eingang für alle Wohnungen eines Einzelfaues angeordnet werden kann, der der Raumerparnis wegen fast immer unter dem ersten Treppenebste vorzuziehen ist. Da es im allgemeinen vorteilhaft sein dürfte, das Treppenhaus an den Hof zu legen, so muß bei Doppelhäusern auf beiden Seiten des Hauses ein Fluß vorgesehen werden, während bei Gruppen von drei und mehr Häusern für die mittleren Häuser ein besondere Eingangstür von der Straße zum Treppenhaus erforderlich ist, wenn es nicht zweckmäßiger erscheint, dem Treppenhaus einen besonderen Eingangstür zum Hof zu geben. Daß der Hof nur durch den Keller erreicht werden kann, stellt nur ausnahmsweise und auch nur dann zu gelassen werden, wenn der Hof tiefer als die Straße liegt. In jedem Geschosse dürfen nicht mehr als zwei Wohnungen von einer Treppe zugänglich sein. Ausnahmen können jedoch bei Gebäuden gemacht werden. Höchstens zehn Wohnungen darf man an eine Treppe anschließen. Bei der Ausführung der Häuser muß dabei geachtet werden, daß sie ohne Wehrkosten und besondere architektonische Ausstattung einen bescheidenen, freundlichen und gefälligen Eindruck machen, was sich durch sorgfältige und saubere Ausführung, durch weisse Fugung der Ziegelflächen, durch behafteten Farbenanstrich, durch abwechselnde Anordnung von Fuß- und Ziegelflächen und dergl. erreichen läßt. Ist eine größere Zahl Häuser nebeneinander zu errichten, so muß Abwechslung durch verschiedene Grundrisse, Anordnung der Treppenhäuser bald an der Straße, bald am Hof, Belebung der Dachflächen mit Giebeln, wechselnde Gruppierung der Fenster und dergl. herbeigeführt werden.

Die Außenmauern sind in der Regel massiv aus Ziegeln herzustellen. Fachwerk sollte für Wohnräume nur dann gewählt werden, wenn die örtliche Bauweise und geringere Kosten hierfür sprechen. Trennungswände sollen zwischen den einzelnen Wohnungen mindestens 1 Stein und zwischen den Dachkammern mindestens 1/2 Stein stark sein. Um die Wärme des Innenraumes auch zur Erwärmung der Zimmer ausnutzen zu können, müssen die Kaminsteine dementsprechend vorgegeben werden. In den Außenwänden sind Schornsteine nicht anzuordnen. Die Dächer sind als überstehende Dächer auszubilden und niemals mit Pappe, vielmehr mit Ziegeln oder Schiefer zu decken. Wenn in Städten die örtliche Bauweise es begründet, kann vor überstehenden Dächern abgesehen werden. Sind Dachkammern nicht vorgegeben, so ist die Konstruktion des Daches derart einzurichten, daß Dachkammern später ohne Schwierigkeiten und mit geringen Kosten hergestellt werden können. In den Dachkammern sind senkrechte Fenster von genügender Größe anzuordnen.

Wenn möglich, sind die Wohnungen nach der Tiefe der Häuser so einzuteilen, daß jede Wohnung nach der Straße, wie auch nach dem Hofe zu Fenster erhält. Hierdurch läßt sich die beste Ausnutzung der Sonnenwärme und gute Lüftung der Wohnung herbeiführen. Größe und Umfang der Wohnungen haben sich dem örtlichen Bedürfnis anzupassen. Jedoch sollen die Wohnräume einer Wohnung einschließlich Küche und Spülraum, aber ausschließl. Vorräume, Speisekammern, Aborte, Balkone oder Altane und Dachkammern, 45 bis 60 Quadratmeter Nutzfläche haben. Diese Nutzfläche gestattet die Herstellung von 2- bis 4-räumigen Wohnungen, wobei die Küche als Wohnraum mitzuzählen ist. Ob es zweckmäßig ist, Wohnungen mit kleinerer Zimmerzahl, aber größerer Grundfläche oder umgekehrt herzustellen, richtet sich nach den persönlichen Verhältnissen der Arbeiter. Hierbei müssen die im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmenden Rücksichten beachtet werden. Im allgemeinen wird es sich empfehlen, an demselben Orte Wohnungen der beiden Arten zu bauen. In ein und demselben Gebäude werden sich Wohnungen verschiedener Größe, die gleichen übereinander anordnen lassen. Bei der Grundrisgestaltung ist darauf Bedacht zu nehmen, daß ein größerer Raum durch eine Zwischenwand in zwei Räume geteilt werden kann. Zu jeder Wohnung muß ein Abort, ein Abteil des Kellers und ein Abteil des Dachraumes gehören, und es muß die Mitbenutzung einer gemeinschaftlichen Waschküche und eines Trockenbodens möglich sein. Mindestens zwei

Drittel der Wohnungen eines Hauses müssen Dachkammern haben. Für je 4 bis 6 Wohnungen ist eine Waschküche erforderlich, die in einem Nebengebäude oder im Keller untergebracht werden kann. Alle Wohnräume, und wenn möglich auch die Dachkammern sollen heizbar sein. Während für die höchste Höhe der Wohnräume 2,80 bis 3,0 Meter genügt, ist den Dachkammern, die als Schlafräume benutzt werden, im Durchschnitt eine leichte Höhe von mindestens 2,50 Meter zu geben. Die Tiefe der Wohnräume ist, um zwei Betten hintereinander aufstellen zu können, mindestens zu 4,10 Meter anzunehmen. Auch bei Anordnung der Türen und Fenster muß die Stellung der Betten berücksichtigt werden. Treppen, Flure und Türen sind so einzurichten, daß größere Möbel und Stühle aus den Wohnungen geschafft werden können. In den Gegenden, wo es der Bevölkerung zur Gewohnheit geworden ist, die Küche als Wohnraum mitzubenehmen, sind auch die Küchen der Arbeiterwohnungen ebenfalls zu Wohnzwecken, d. h. als Küchenstuben, einzurichten. Grundsätzlich sollten Wohnungen mit mehr als zwei Räumen Vorräume oder Flure haben, die einen Abschluß der Wohnungen zulassen und den Zugang zu mehreren Räumen vermitteln. Für genügende Versorgung der Vorräume oder Flure mit Licht und Luft ist Sorge zu tragen. Speisekammern sind nicht erforderlich. Jedoch sind in den Küchenstuben kühlbare Speisekammern einzubauen. Die Aborte sind zunächst in den Häusern selbst unterzubringen, namentlich dann, wenn Wasserpflanzung vorhanden ist oder auf andere Art und Weise ordnungsmäßige Abführung der Ausschwitzstoffe und gute Lüftung der Aborte möglich ist. Da es zweckmäßig ist, die Aborte von den Wohnungen aus zugänglich zu machen, empfiehlt es sich, diese an den Fluß anzuordnen, wobei balkonartige Ausbaue oder luftbare Vorräume, die von den Küchen als Zugang dienen, vorzuziehen sind. Solche Ausbaue sind auch zum Auslegen von Betten, Ausklopfen von Kleidern usw. erwünscht. In den Treppenebsten sind Aborte wegen den damit verbundenen Unzutraglichkeiten nicht anzulegen.

Ställe für Kleinvieh sind nur bei ländlichen Verhältnissen und auch nur dann vorzuziehen, wenn Bedürfnis hierfür vorhanden ist. Den Nebengebäuden ist ein solcher Abstand vom Hauptgebäude zu geben, daß letzteres keine Lichtbeschränkung erleidet.

Wochenbericht.

30. September bis 13. Oktober.

Die von den Engländern in der 164. Kriegswache begonnene dritte Flandernschlacht hielt bis zur 167. Kriegswache an. In Schlachten von unerhörter Heftigkeit, mit einem Munitionsauswand, wie er bisher nicht gesehen wurde, versuchte England die Entscheidung um die Unterseebootbasis in Flandern zu erkämpfen. Die Hauptmacht der englischen Armee wurde hier gegen einen Bruchteil der deutschen Armee eingesetzt und vom frühen Morgen bis zum späten Abend tobten erbitterte Schlachten. Deutsches Heldentum trotz diesen gewaltigen Angriffen und hat bisher alle Angriffe unter den blutigsten Verlusten für die Engländer abgeschlagen. Wir dürfen in der Heimat die sichere Gewähr haben, daß Dank unermüdeten Truppen England sein Ziel nicht erreichen wird. Während in Flandern ohne nennenswerte Erfolge für die Engländer die furchtbare Schlacht der Weltgeschichte weiterlebt, bringt uns das Ende der 167. Kriegswache die Kunde, daß deutsche Truppen die Insel Desel vor dem Rigaischen Meerbusen besetzt haben. In den Monaten Juli bis September brachte uns die Westfront an Gefangenen ein: 337 Offiziere und 13512 Mann, 41 Minenwerfer und 483 Maschinengewehre. Der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte beträgt im September 22 Fesselballone und 374 Flugzeuge, unsere eigenen Verluste 5 Fesselballone und 82 Flugzeuge.

Das russische Barometer steht ohne Zweifel wieder einmal auf Sturm. Ein Wind der Anarchie weht durch das Land. Selbst der demokratische Kongress, der in dem mit roten Bändern geschmückten Theatersaale zu Petersburg in der

166. Kriegswache stattfand, wird dem Lande vor dem Zerfall nicht mehr helfen können. Die russische Regierung hat eine neue Umbildung erfahren, indem auch bürgerliche Minister nun in die Regierung eingetreten sind. Ob die neue Regierung das russische Schicksal noch zu ihren Gunsten wenden kann, dürfte wohl eine Frage von kurzer Zeit sein. Jedenfalls steht fest, daß nur ein schneller Friede das russische Reich vor dem Zerfall noch retten könnte. Auch die neuen Regierungsmänner mit wiederum Kerenski an der Spitze scheinen jedoch den Friedensweg noch nicht wandeln zu wollen.

In Frankreich tagte ein Sozialistenkongress, der sich insbesondere auch mit der Kriegs- und Friedensfrage befaßte. Der in Bordeaux tagende Kongress hat unerwarteter Weise mit Mehrheit eine Entschlebung angenommen, in der die Kriegspolitik der Regierung gebilligt wird. Ein solches Ergebnis haben selbst die ministeriellen Sozialisten nicht erwartet. Auch kürzlich der Sozialistenführer Thomas wegen der Friedenspolitik der französischen Sozialdemokratie nicht in das Kabinett Painlevé eingetreten. Nach der Entscheidung des Kongresses steht ihm und anderen Strebern die Ministerbahn wieder offen. Eine auf dem Kongress weiter mit 1552 Stimmen angenommene Schlußresolution verlangt die Pässe für Stockholm, die Revision der Kriegsziele und eine energischere Landesverteidigungspolitik sowie die Beteiligung an der Regierung. Eine Resolution, die die sofortige Einstellung von Friedensverhandlungen und die Ablehnung der Kriegskredite verlangte, wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Sozialistenkongress beschloß ferner, den bekannten ehemaligen Anarchisten und jetzigen Kriegsheher, Gustav Hervé, wegen Verrats an der Arbeiterklasse aus der Partei auszuschließen.

Ein Antrag, der die Annexions- und Neutralisationspläne auf dem linken Rheinufer ausdrücklich verwarf, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Durch die diesjährige Missernte an Getreide ist Frankreich nun auch vor eine schwere Ernährungskrisis gestellt. In der Kammer Sitzung teilte zur allgemeinen Bestärkung der Verpflegungsmittel mit, daß ein in der ganzen Geschichte Frankreichs nie erlebter Ausfall des eigenen Getreideernte und die Schwierigkeiten der Schiffsräumten die Herabsetzung der Tagesration von 500 auf 150 bis 250 Gramm notwendig machen.

Englands Kriegsverluste steigen nun ins Gewaltige. Die englischen Verlustlisten berichten vom Monat August an Gesamtverlusten der Armee 5284 Offiziere und 52404 Mann, im Monat September dagegen insgesamt 2238 Offiziere und 115342 Mann. Es ist daher wohl begründet, daß die Friedensstimmung im englischen Volke immer mehr im Wachsen begriffen ist. Die Regierung hält es daher für nötig, mit größter Strenge gegen die Friedenspropaganda vorzugehen. Der Minister Lloyd George richtete einen Appell an die englischen Bauern, die landwirtschaftliche Produktion mit allen Mitteln zu erhöhen, um der Ernährungsgefahr zu begegnen, in welche das Land gerät. Die ehemaligen Minister Asquith und Churchill hielten in Versammlungen wieder ihre bekannten Kriegsbreden, aus denen hervorgeht, daß Englands Macht habe bis zur endgiltigen Entscheidung und Befreiung Englands-Lothringens den Krieg weiterführen wollen.

Italiens Schicksalsstunde scheint immer näher zu rücken. Die inneren Schwierigkeiten im Lande mehren sich und die Regierung hat sich gegen gewaltige revolutionäre Ausbrüche zu wehren, die durch die Ernährungsnotlagen und Kriegsmüdigkeit im Volke verurteilt sind. In Italien steht man, gelinde gesagt, vor einem Systemwechsel a la Rußland. Es wird sich ja bald herausstellen, wer stärker ist in Italien, die Kriegstreiber oder das Volk, das die Opfer an Gut und Blut bringen muß.

Die Gleichgültigkeit, mit der die Bevölkerung der Vereinigten Staaten dem Kriegszuge Wilsons gegenübersteht, scheint dem Präsidenten erhebliche Kopfschmerzen zu machen. Er will deshalb eine neue Propaganda großen Stils in die Wege leiten. Der Kongress soll verlagert werden und seine Mitglieder sollen in ihre Wahlbezirke zurückkehren, um ihren Wählern die ungeheuren wirtschaftlichen, finanziellen und

Die Flucht aus England.

Die Hilfsminenschiffe waren tüchtig bei der Arbeit. Unentwegt kurrten sie mit den schweren Suchgeräten über die Nordsee, rissen die tückischen englischen Minen von ihren Verankerungen los und brachten sie zur Entladung. Der Abend nahte, da sichtete der Ausgucksmann im Westen einen dunklen, niedrigen Gegenstand, der sich in den schwarzen Doppeltgläsern als ein flaches Boot herausstellte. Schiffbrüchige? Auf jeden Fall wollte sich der Chef der Halbflottille vergewissern und fuhr mit hoher Fahrt an das Boot heran. Das Ertaunen war nicht gering, als man in der Nischale zwei Männer entdeckte, die trotz ihrer englischen Kleidung aus breittgewürfeltem, dicken Stoff und Wädelgamaschen in unverfälschten deutschen Panten herübertriefen: „Wollen Sie uns bitte aufnehmen?“ Das geschah. Noch überredeter war man aber auf dem Minenschiff, als sich die beiden „Engländer“ sogleich bei Kapitänleutnant B. in militärischer Haltung meldeten: „U-Boot-Seuermann Gedröck und Wäfelgamaschen Ober vom Kai-Inh.-Regt. 86 aus wäfelcher Gefangenenshaft entkommen.“ Und nun gaben sie auf Befragen in knappen Worten Auskunft über ihre abenteuerliche Fahrt.

In der Gefangenenshaft vor Harford in England war in ihnen der Gedanke herangewacht, unter allen Umständen den Versuch zu machen, aus der Gefangenenshaft zu entfliehen und den Weg nach der jenseitigen Seite zu suchen, um sich dem Vaterlande erneut zu verschreiben zu können. Unbemerklich verschafften sie sich Wäfelgamaschen und Wäfelgamaschen, dazu schrottsche Klingen und verließen das Gefängnis als wäfelche Engländer an einem Sonntag, während das Regen. Unbekanntlich erreichten sie Harford, und es lag sie mit dem Abendzuge nach York. In Harford waren sie nun nach einem 70 Kilometer entfernten Ort gelangt. Hier verließen sie für eine Woche, um alle Vorbereitungen für die Fahrt über die Nordsee zu treffen. Am Tage langten sie in der Stadt herum, kundschafteten dabei am Strande ein gezeichnetes Boot aus und versorgten sich mit Proviant für die Fahrt. In vielen Häusern machten klammende Auftritte um irrasamen Brotverbau, und an den Straßenenden traten häufig Wäfelgamaschen auf, die das Volk aufschrien und die Kriegsbegeisterung schüren wollten. Abends gingen die Flüchtlinge aufs Land, um in einem

Endlich war alles zur Flucht aus England bereit. Gegen 3 Uhr morgens an einem der letzten Augusttage stachen sie mit ihrem kleinen, offenen Boot in See, setzten das kleine Segel und entzweiten sich nun schnell mit günstigem Winde von der Küste. Drei! Aber noch nicht geborgen! Ein herrliches Glücksgefühl durchströmte die Brust der beiden entschlossenen Helden und ließ sie gerne alle Unbilden der dreitägigen anstrengenden Fahrt ertragen. Wenn auch oft vorwitzige Wellen in das Boot hineinklachten und die Flüchtlinge durchnäßten, wenn auch die heiße Augustsonne unerträgliche Hitze herniederbandte, und mit dem geringen Mundvorrat an Büchsenfleisch, Zitronen und Trinkwasser äußerst sparsam umgegangen werden mußte, so winkte in der Ferne doch ein leuchtendes Ziel, die teure Heimat! Der winzige Taschentuch war der einzige Begleiter. Ausgestorben lag die Nordsee. Kein Dampferrausch, kein braunes Fieberfieber unterbrach die Meeresstille. Weit nördlich auf die dänische Grenze zu wurde der Kurs gelegt, frei vor den gefährlichen Minenfeldern. Da erschien vom Süden ein deutscher Zieger. Als erster lieber Gruß der Heimat grüßte von den Tragflächen das schwarze eiserne Kreuz herunter. Das Flugzeug feuerte Leuchtflugeln und drehte dann rückwärts. Ihm folgten die Flüchtlinge, bis sie nun am Abend von dem Minenschiff gesichtet und aufgenommen wurden. Sie hatten die Fahrt gut überstanden und machten einen vorzüglichen Eindruck. Nun sind sie längst wieder bei ihren Truppen teils eingetroffen und genießen einen wohlverdienten Heimaturlaub.

Qualvolle Stunden im Unterseeboot

Seeben war ein großer tiefblauer Dampfer mit dem Heck in die Tiefe der Nordsee gesunken. Ehe er jedoch nach dem tödlichen Torpedoschuß von der Wasseroberfläche verschwand, hatte er noch durch ausgiebigen andauernden Gebrauch seiner drahtlosen Telegraphie die gesamte Bewachung in der Nähe alarmiert, so daß „U.“ gezwungen war, vor den von allen Seiten heraneilenden Feinden zu tauchen. Fortwährend waren über unserem U-Boote starke Schraubengeräusche zu vernehmen, und um 5 Uhr morgens hörte man in nächster Nähe die Detonation einer Wasserbombe, die aber keinen Schaden anrichtete. Surrende, kratzende Geräusche an der Bordwand ließen

darauf schließen, daß die feindlichen Bewacher mit Netzen und Schleppnetzen den Grund absuchten, um das U-Boot einzufangen. Als dies Beginnen nach längerer Zeit ergebnislos verlief, jauchten weitere Wasserbomben herab, so daß anzunehmen war, daß die Feinde die Tauchstelle des U-Bootes ziemlich genau gefunden hatten. Unglücklicherweise war an einer der elektrischen Maschinen eine Störung aufgetreten, die unter Wasser beseitigt werden mußte. Ebenso versagte plötzlich die Luftreinigungsanlage. Ein Auftauchen war unter diesen Umständen ausgeschlossen, da mit Sicherheit anzunehmen war, daß die oben lauernden Feinde mit schußbereiten Geschützen nur auf diesen Zeitpunkt warteten.

Die Luft wurde fühlbar schlechter. Angestrengt arbeitete die Besatzung an der Beseitigung der Schäden, aber trotz ausgiebigen Sauerstoffzusatzes wurde keine Besserung erzielt. Die Besatzung atmete nur noch leuchtend, die Leute hielten sich nur noch mit größter Energie aufrecht, ein Heizer brach ohnmächtig zusammen, eine Verständigung war kaum mehr möglich, da das Sprechen äußerst schwer fiel. Wenn doch erst der Abend hereingekommen wäre, und die Nacht ihren schützenden Schleier auf das Meer gelegt hätte, damit man unter dem Schutze der Dunkelheit auftauchen und unbehelligt von den Feinden frische Luft in das Boot hereinlassen könnte. Langsam rückten die Stunden vor. Das Arbeiten an den defekten Maschinenanlagen mußte eingestellt werden, weil die Leute außerstande waren, irgend eine körperliche Arbeit zu verrichten. Als endlich damit gerechnet werden konnte, daß die Dämmerung hereingebrochen war, gab der Kommandant kurz entschlossen Befehl, mit Preßluft aufzutauchen. Schnell stieg das Boot an die Oberfläche, und beim ersten Rundblick sah man, daß „U.“ sich inmitten eines Kreises von zahlreichem feindlichen Bewachungsfahrzeugen befand. Diese Wahrnehmung ließ darauf schließen, daß die Feinde den Liegeplatz des U-Bootes festgestellt haben mußten. Die Luftdeckel flogen für Sekunden auf und ließen herrliche, köstliche Luft in das Innere des Bootes hinein. Dann ging es sogleich wieder hinunter in die Tiefe ohne daß anscheinend die Feinde etwas von dem Auftauchen gemerkt hatten. Nun konnten die Arbeiten unter Wasser mit Erfolg wieder fortgesetzt werden, und um 11 Uhr abends gelang es dann, durch den dichten Ring der feindlichen Bewacher unbemerkt hindurchzubrechen. Einer der qualvollsten Tage in dem harten Unterseebootleben war glücklich überstanden.

militärischen Anstrengungen klarzulegen, welche zu unternehmen seien, um vor der pazifistischen Propaganda zu warnen. Wenn Wilson, der Prophet des Völkerechts, der demokratisch gewählt wurde, um Amerika vom Kriege fern zu halten, der aber den Krieg erklärte ohne die Nation zu befragen, zu solchen Mitteln greifen muß, um die Kriegsführung des eigenen Landes erst zu ermöglichen, muß es um seine Sache schlecht gestellt sein.

Die Friedensbestrebungen in allen Ländern nehmen ihren Lauf. Unter den von den Mittelmächten bisher ausgegangenen Kundgebungen zur Beendigung des Krieges und zur Wiederversöhnung der Völker ist die Budapest Rede des Leiters der österreichischen und ungarischen Außenpolitik, Grafen Czernin, wohl mit die bedeutendste. Sie zeigt der Welt und damit den Feinden in aller Klarheit den Weg, auf dem eine Verständigung zu erreichen ist und wie die Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe verhindert werden kann. Im deutschen Reichstag war es der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Kühlmann, und im bayerischen Landtag Ministerpräsident Graf von Hertling, die hochwichtigen Erklärungen über die Friedensfrage abgaben und damit allgemeine Zustimmung fanden.

Die Welt ist von der Friedenssehnsucht, von Friedensgedanken erfüllt, auch unter den Völkern der Entente greifen sie mächtig um sich. Und doch sind die Friedensausichten zurzeit gleich Null. Die Situation hat sich dahin geflärt, daß nicht die Frage über das Schicksal Belgiens, sondern die eckellose, ringsische Frage des Hindernisses für das Zustandekommen eines baldigen Friedens bildet.

Im Innern unseres Vaterlandes zeitigte die ungeschickte Diplomatie wieder manche Krisen. Ein Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung wurde zwar erneut vermieden, doch dürfte es sich mehr um eine Vertagung, als um eine Regelung der Krisenfrage handeln. Es fehlt heute ein entschlossener politischer Wille in der Führung der Reichsgeschäfte im Innern und nach Außen. Die Krisis hat bereits ein Opfer gefordert, da nach neuester Meldung der Staatssekretär v. Capelle sein Abschiedsgesuch eingereicht hat.

Wichtige Beschlüsse faßte in seiner kürzeren Tagung sowohl der Reichstag, wie auch der Hauptausschuß des Reichstags. So sollen nach einem Beschlusse des Hauptausschusses insbesondere die Familienunterstützungen, die Mannschaftslöhnungen, die Militärhinterbliebenenrenten, die Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallrenten erhöht werden. Auch in Bezug auf die Ernährungsverhältnisse Winderbemittelter faßte der Hauptausschuß weitgehende Beschlüsse, bei deren Durchführung eine erhebliche Besserstellung der Ernährungsverhältnisse zu erwarten wäre.

Eine erneute Kohlenpreiserhöhung ab 1. Oktober d. Js. bringt dem deutschen Volke eine Mehrbelastung von ca. 400 Millionen Mark. Einschließlich der Kohlensteuer bringen damit die seit Kriegsbeginn vorgenommenen Kohlenpreiserhöhungen dem deutschen Wirtschaftsleben eine Mehrbelastung von rund 2 1/2 Milliarden Mark.

Wir haben in der Berichtswache den 70. Geburtstag unseres bewährten Heerführers „Hindenburg“ gefeiert. Überall wurde des deutschen Nationalhelden in Dankbarkeit und Verehrung gedacht. Erneut kam dabei in allen Ecken Deutschlands der Wille zum Ausdruck, zu kämpfen, zu siegen, durchzuhalten und sich selbst zu überwinden.

Nachdem Kollege Hartmann über verschiedene Reisen berichtet, machte Herr Weinhausen noch interessante Mitteilungen aus dem Reichstage, soweit es sich um die die Arbeiter interessierenden Fragen handelte.

Wohnungsreformkündigung.

DWA. Eine große Kundgebung zu Gunsten der Wohnungsreform wird der Deutsche Wohnungsausschuß, in dem fast sämtliche einschlägigen großen Zentralorganisationen Deutschlands vertreten sind, am 30. Oktober in Berlin veranstalten. Die drohende Gestaltung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, die Verzögerung der preussischen Wohnungsreform, die dringende Notwendigkeit, in der Wohnungsfrage nunmehr zu größeren Ergebnissen zu kommen, machen eine stärkere Beschäftigung der Öffentlichkeit mit diesen Dingen unbedingt erforderlich. In der Kundgebung soll insbesondere für eine Reihe wichtiger positiver Wohnungsreformmaßnahmen, sowie für das baldige Zustandekommen der eben erwähnten Gesetzgebung eingetreten werden. Nähere Auskunft erteilt der oben genannte Ausschuß: Berlin-Schöneberg, Neue Steinmeyerstraße 4.

Zuwendung an Stiefkinder des Kriegsgefallenen.

Nach dem Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 sind waisen-, bezw. kriegswaisengeldberechtigt nur die ehelichen und legitimirten Kinder der an einer „einfachen“ Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung verstorbenen Kriegsteilnehmer.

Zum Ausgleich von Härten, die sich bei der Anwendung des Gesetzes ergeben haben, kann bis auf weiteres auch an Stiefkinder der im Kriege Gefallenen oder an Kriegsdienstbeschädigten Verstorbenen eine einmalige Zuwendung gezahlt werden, wenn der Verstorbene für sie bis zum Eintritt in das Heer oder bis zu seinem Tode wie ein Vater gesorgt hat. Die Pflicht des Stiefvaters, das Kind wie eigenes zu halten, ist namentlich dann anzunehmen, wenn er dem Kinde gemäß § 1706 Bürgerlichen Gesetzbuches seinen Namen gegeben hatte. Die Bewilligung der Zuwendung ist auch dann nicht ausgeschlossen, wenn der Vater des vorehelichen (unehelichen) Kindes noch lebt, er aber Unterhaltsbeiträge nicht gezahlt hat. Der Umstand, daß der uneheliche Vater eine Abfindung (§ 1714 Abs. 1 B.G.B.) geleistet hat, steht ebenfalls der Gewährung der Zuwendung nicht entgegen.

Den Stiefkindern, d. h. den vorehelichen Kindern der Frau des Gefallenen sowie den Kindern aus einer ersten Ehe der Frau sind bezüglich der Zuwendungen gleichgestellt die an Kindesstatt angenommenen Kinder, also die Kinder, die durch einen vor Gericht oder Notar abgeschlossenen und durch das zuständige Gericht bestätigten Annahmevertrag die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt haben, und endlich auch Pflegekinder (d. i. Kinder, die nach Aufnahme in den Haushalt wie leibliche Kinder gehalten werden).

Der Höchstfuß der Zuwendung, die nur auf Antrag und auch nur, wenn ein Bedürfnis hierzu nachgewiesen ist, im übrigen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre der Kinder gewährt wird, beträgt bei Vollwaisen 225 Mark, bei Halbwaisen 150 Mark.

Die Anträge, über die die stello. Intendanturen entscheiden, sind bei den in fast allen Städten und Gemeinden bestehenden amtlichen Fürsorgestellen, oder bei der Ortspolizeibehörde anzubringen.

Patentkaffee. Mitgeteilt vom Patent-Büro, Abt. 1, Berlin NO 15. Große Frankfurter Straße 10. An hantle wenden.

Gebrauchsmuster.

- Kl. 39b. 300 370. Radium und Stromvoltwert, Dr. Wandlin u. Schmidt, H. G. Gräfenroda. Verfahren zur Herstellung einer zur Verarbeitung auf Zurniere, Schulwandtafeln, Kameras und dergl. brauchbaren Masse.
- Kl. 38a. 664 534. Nachstellbares Gleitlager für Sägemaschinen. Sächsisches Regulator- und Maschinenfabrik Wagners Severin, Dresden. Angem. 20. 5. 17.
- Kl. 30c. 605 158. Anton Oswald Schubert, Canzahl. Holzfarbputz mit oberer krausenartiger Verstärkung.
- Kl. 38d. 665 203. Gebr. Welger, Seehausen, Kr. Wanzleben. Schließvorrichtung an Schurzholzmäschinen.
- Kl. 38d. 665 204. Gebr. Welger, Seehausen, Kr. Wanzleben. Zapfenschnidvorrichtung an Schurzholzmäschinen.
- Kl. 68a. 665 0003. Ludwig Stoskopf, Straßburg-Neudorf, Colmarerstraße 30. Türklinke aus Holz mit eisernem Verbindungsstück. Ersatz für Messingklinken.
- Kl. 38c. 665 584. Automobil- und Motorkl. A. G., Leipzig-Heiterblick. Gekrümmte und abgetropfte Holzleisten. Angem. 26. 1. 17.
- Kl. 30c. 666 622. Heinrich D. Brauer jun., Buchholz i. S. Ersatz für metallene oder holzgeschnitzte Sargfüße. Angem. 9. 7. 17.
- Kl. 30c. 666 604. Begräbnis-Institut zum Frieden Ostark Ulrich, Inh. Max Opik, Hermann Richter, Görlitz. Sarg oder Sargeinfaß. Angem. 7. 7. 17.
- Kl. 68a. 666 549. Herm. Kromberg, Düsseldorf, Hüttenstraße 121. Türdrücker und -knopf aus Erfindungsmaterialien mit Einrichtung zum leichten Auswechseln. Angem. 25. 8. 17.
- Kl. 68a. 666 570. Hermann Köpplinger u. Richard Lichtensfern, Wien. Tür- und Fensterbeschlag. Angem. 8. 7. 17.

Literarisches.

Was dankt das kämpfende Deutschland seiner sozialen Fürsorge? Von Dr. Paul Kaufmann, Präsident des Reichsversicherungsamts. 1917. 24 S. 8. Verlag von Franz Wahlen in Berlin W 9, Linienstr. 16. Preis 50 Pfg. Partiepreise geringer.

Die Druckschrift enthält einen Vortrag, den der Leiter unserer obersten Versicherungsbehörde auf Einladung des Generalgouverneurs von Böhmen im April 1917 in Warschau gehalten hat. Sie ergänzt seine frühere Rede über „Soziale Fürsorge und deutscher Siegeswille“, die im Jahre 1915 im gleichen Verlag erschienen ist und bereits 21 Auflagen erlebt hat. In der ihm eigenen, geistvollen Form, die auch einen an sich spröden Stoff meißelt, entwirft Präsident Kaufmann ein umfassendes Bild von der Organisation unserer sozialen Fürsorge und ihrem bestimmenden Einfluß auf das staatliche Leben Deutschlands. Er stellt dar, wie sie ursprünglich auf Friedensarbeit eingestellt, zu einem starken Rückzug für den Weltkampf wurde und sich als immer wirksamere Waffe im Kriege selbst bewährt. Dabei werden nicht nur Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz, sondern auch die bedeutungsvolleren Maßnahmen der öffentlichen und privaten Kriegswohlfahrtsfürsorge, an welchen die Sozialversicherung unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, in den Kreis der Betrachtung gezogen. Endlich wird gezeigt, wie Deutschland zu einer Zeit, in der es für sein Haupt und sein Leben nicht, stark genug war, die soziale Fürsorge gesetzlich noch beträchtlich auszudehnen, und welche Ziele und Aufgaben bei ihrem weiteren Ausbau ins Auge zu fassen sind.

Auch die neueste Schrift des Präsidenten Kaufmann gehört nach Inhalt und Fassung zu dem Besten, was uns in der so reichen Kriegsliteratur bisher geboten wurde. Man begreift es, daß, wie die Tagespresse berichtet, diese Darlegungen bei der Zuhörerschaft in Warschau tiefen Eindruck hinterlassen und in der Schlussansprache des Generalgouverneurs warme Worte der Anerkennung gefunden haben.

Werbetafel.

In den Monaten Juli bis einschließlich September 1917 sind nachstehend benannte Mitglieder resp. Frauen des Gewerbevereins der Hocharbeiter Deutschlands gestorben:

Stammnummern-der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Gezahltes Sterbegeld		
			Ordens- und Jubiläumsgeld	Prämien (M.)	Gesamt (M.)
411	L. Dambach	Berlin I	60	75	—
2864	H. Schürler	Halle	60	75	90
3907	J. Felhaber	Nowawes	60	75	—
3337	J. Böbler	Hamburg	60	55	—
70b	Frau Hirsche	Berlin III	—	—	180
2065	H. Arell	Silberfeld	60	75	180
3727b	Frau Schützer	Nowawes	—	—	144
4848b	Frau Gannott	Bromberg	—	—	144
3992	M. Lochow	Matthiesow	50	—	—
341	Frau Hunger	L. Eisenau	—	—	180
58	J. Theiß	Berlin II	—	75	90
1158	M. Biorzel	Breslau	60	75	90
586	B. Wobargen	Branden	—	75	90
622	Frau Hofe	Boh	—	—	90
3142	J. Gels	Landsberg	60	36	—
13590	J. Klicmann	Amstorf	30	—	—
			Summe: 500 615 1278		

Kauf in Frieden!
Berlin, den 4. Oktober 1917.
W. Zieffe, Hausleiter.

Patentkaffee.

Der Zentralrat

Der deutsche Gewerkschaften hatte in seiner Sitzung am 12. Oktober eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Aus dem Bericht der Revisoren war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl um etwa 14 000 gestiegen ist. Unter „Mitteilungen des geschäftsführenden Ausschusses“ wurde die Reklamierfrage ausführlich besprochen. Veranlassung dazu gab das Auftreten im Bereich des 4. Armeekorps. Kollege Keppler-Bitterfeld brachte hier einzelne Fälle zur Sprache, wonach der Schlichtungsausschuß Verfügungen des Generalkommandos als militärischen Befehl ansieht und dementsprechend auslegt.

Unter Punkt 3 behandelte Herr Reichstagsabgeordneter Weinhausen die Werbetätigkeit der Vaterländischen Partei, welche am 2. August im York-Saal in Königsberg gegründet wurde. An der Spitze der Partei stehen Herzog Albrecht von Mecklenburg, Herr Tirpitz und Herr Rapp, der bekannte Broschürenschreiber gegen den früheren Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Eine interessante Aussprache folgte, in welcher besonders die Art und Weise geübelt wurde, wie die wirtschaftliche Abhängigkeit des Einzelnen zur Agitation für diese Partei ausgenutzt wird. Bei der Eisenbahn, bei der Post und sonstigen öffentlichen Behörden wird durch die Vorgelegten agitiert. Auch die Arbeiter in den Betrieben werden von dem Druck nicht verschont. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften hält die innere Einigkeit des deutschen Volkes gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo die Feinde mit dem Aufgebot ihrer letzten Kräfte verzweifelt gegen den heldenmütigen Schutzwall der deutschen Heimat anstürmen, für besonders notwendig. Er begrüßt daher alle Maßnahmen und Einrichtungen, die diese Einigkeit wirklich fördern und erhalten, und ersucht die Ortsverbände, Ortsvereine und Einzelmitglieder im Lande, solche Bestrebungen, wie bisher, so auch weiterhin hingebungsvoll zu unterstützen. Die neue „Deutsche Vaterlandspartei“ vermag aber der Zentralrat nicht als zweckdienliche Sicherung der inneren Einigkeit anzuerkennen. Er sieht vielmehr in dem Aufstehen dieser neuen Partei, auch wenn sie augenblicklich nur für die Kriegszeit ins Leben gerufen wurde, einen neuen Anlaß zur Verschärfung der innerpolitischen Kämpfe. Da diese Partei ihre Werberarbeit auch in die Ortsvereine und Ortsverbände unserer Organisation hineinzutragen versucht, richtet der Zentralrat an die Ortsvereine und Ortsverbände der Deutschen Gewerkschaften die dringende Aufforderung, alle Versuche der „Vaterlandspartei“ kraftvoll zurückzuweisen, die darauf gerichtet sind, die einzelnen Glieder der Organisation als solche vor ihren Wagen zu spannen und sie für ihre, die Einigkeit zerstörenden Zwecke zu mißbrauchen.“

Aus der Rechtsprechung.

Wer unter Tarif Arbeit übernimmt, kann nicht nachträglich den Tarif fordern.

Urteil des Gewerbegerichts Essen. sk. A. hatte geschäftlich mit mehreren anderen Gliesenlegern Arbeiten bei der Firma M. übernommen und zwar zu niedrigeren Preisen als der Tarif es vorschreibt. Nach Vollendung der Arbeit verlangte A. Entlohnung nach dem Tarif und forderte demgemäß noch 62 M. im Klagewege. Die Klage wurde vom Gewerbegericht Essen a. Ruhr aus folgenden Gründen abgewiesen:

A. beruft sich vergebens darauf, daß vom Tarif abweichende Vereinbarungen unzulässig seien. Der Kläger hat im vollen Bewußtsein, daß die vereinbarten Preise nicht tarifmäßig seien, die Arbeiten übernommen und ausgeführt. Er hat auch widerspruchlos den Lohn dafür in Empfang genommen. Erst nachträglich ist er mit höheren Lohnansprüchen auf Grund des Tarifvertrags hervorgetreten. Diese Nachforderung ist jedoch nicht gerechtfertigt. Der Kläger kann sich auch nicht auf die Vorschrift des Tarifvertrages berufen, daß die Parteien sich danach verpflichten, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Einhaltung des Tarifvertrages aufzubringen. Denn diese Verpflichtung liegt den Parteien ob, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben. Ihre Sache ist es, darauf zu achten und mit den nach dem Tarifvertrag zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß die den vertragschließenden Parteien angehörigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Tarifvertrag auch einhalten. Wenn im Einzelfalle Arbeitgeber und Arbeitnehmer bewußt niedrigere Preise vereinbaren, als sie der Tarifvertrag vorschreibt, so schließt dies, nachdem die Arbeit abgerechnet ist und der Arbeitnehmer vorbehaltlich den vereinbarten Lohn in Empfang genommen hat, eine nachträgliche Mehrforderung des Arbeitnehmers auf Grund des Tarifvertrages aus.

Erfinderrecht

Preisbündel, 200 Seiten, in Leinen gebd. 4.— Mark.
Es enthält die Patent-, Musterzeichnungs- und Warenzeichen-Gesetze, bezügliche Erläuterungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.
Prospekt kostenfrei.

Verlag von Friedrich Roth's Verlag, Charlottenburg 4, Berliner Friedrichs-Str. 52.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszusammenfassung ist der 42. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig.

Siebente Kriegsanleihe

5% Deutsche Reichsanleihe.

4½% Deutsche Reichsschatanweisungen, auslosbar mit 110% bis 120%.

Zur Bestreitung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden weitere 5% Schuldverschreibungen des Reichs und 4½% Reichsschatanweisungen hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Das Reich darf die Schuldverschreibungen frühestens zum 1. Oktober 1924 kündigen und kann daher auch ihren Zinsfuß vorher nicht herabsetzen. Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkt eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der früheren Anleihen. Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen und Schatanweisungen wie über jedes andere Wertpapier jederzeit (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Bestimmungen über die Schuldverschreibungen finden auf die Schuldbuchforderungen entsprechende Anwendung.

Bedingungen.

1. Annahmestellen.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank Zeichnungen werden

von Mittwoch, den 19. September, bis Donnerstag, den 18. Oktober 1917, mittags 1 Uhr bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postfachkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Königlichen Seehandlung (Preussischen Staatsbank), der Preussischen Centralgenossenschaftskasse in Berlin, der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten sowie sämtlicher Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher öffentlicher Sparkassen und ihrer Verbände, jeder Lebensversicherungs-gesellschaft, jeder Kreditgenossenschaft und jeder Postanstalt erfolgen. Wegen der Postzeichnungen siehe Ziffer 7.

Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

2. Einteilung. Zinslauf.

Die Schuldverschreibungen sind in Stücken zu 20.000, 10.000, 5.000, 2.000, 1.000, 500, 200 und 100 Mark mit Zinscheinen zahlbar am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres ausgefertigt. Der Zinslauf beginnt am 1. April 1918, der erste Zinschein ist am 1. Oktober 1918 fällig.

Die Schatanweisungen sind in Gruppen eingeteilt und in Stücken zu 20.000, 10.000, 5.000, 2.000, 1.000 Mark mit Zinscheinen zahlbar am 1. Januar jedes Jahres ausgefertigt. Der Zinslauf beginnt am 1. Januar 1918, der erste Zinschein ist am 1. Juli 1918 fällig. Welcher Gruppe die einzelne Schatanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

3. Einlösung der Schatanweisungen.

Die Schatanweisungen werden zur Einlösung in Gruppen im Januar und Juli jedes Jahres, erstmals im Juli 1918, ausgelöst und an dem auf die Auslösung folgenden 1. Januar oder 1. Juli mit 10 Mark für je 100 Mark Nennwert zurückgezahlt. Die Auslösung geschieht nach dem gleichen Plan und gleichzeitig mit den Schatanweisungen der letzten Kriegsanleihe. Die nach diesem Plan auf die Auslösung im Januar 1918 entfallende Zahl von Gruppen der neuen Schatanweisungen wird jedoch erst im Juli 1918 mit aus-gelöst.

Die nicht ausgelösten Schatanweisungen sind seitens des Reichs bis zum 1. Juli 1927 unkündbar. Frühestens auf diesen Zeitpunkt ist das Reich berechtigt, sie zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen die Inhaber alsdann statt der Rückzahlung 4 Zige, bei der ferneren Auslösung mit 115 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbar, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegenden Schatanweisungen fordern. Frühestens 10 Jahre nach der ersten Kündigung ist das Reich wieder berechtigt, die nicht ausgelösten Schatanweisungen zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen alsdann die Inhaber statt der Rückzahlung 20 Zige mit 120 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbar, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegenden Schatanweisungen fordern. Eine weitere Kündigung ist nicht zulässig. Die Kündigungen müssen spätestens

sechs Monate vor der Rückzahlung und dürfen nur auf einen Zins-termin erfolgen.

Für die Verzinsung der Schatanweisungen und ihre Tilgung durch Auslösung werden — von der verstärkten Auslösung im ersten Auslösungstermin (vergl. Abs. 1) abgesehen — jährlich 5% vom Nennwert ihres ursprünglichen Betrages aufgewendet. Die ersparten Zinsen von den ausgelösten Schatanweisungen werden zur Einlösung mitverwendet. Die auf Grund der Kündigungen vom Reich zum Nennwert zurückgezählten Schatanweisungen nehmen für Rechnung des Reichs weiterhin an der Verzinsung und Auslösung teil.

Am 1. Juli 1967 werden die bis dahin etwa nicht ausgelösten Schatanweisungen mit dem alsdann für die Rückzahlung der ausgelösten Schatanweisungen maßgebenden Beträge (110%, 115% oder 120%) zurückgezahlt.

4. Zeichnungspreis.

Der Zeichnungspreis beträgt:
für die 5% Reichsanleihe, wenn Stücke verlangt werden 98.— M.,
" " 5% " wenn Eintragung in das
Reichsschuldbuch mit Sperre bis
zum 15. Oktober 1918 beantragt wird . . . 97.80 M.,
" " 4½% Reichsschatanweisungen 98.— M.,
für je 100 Mark Nennwert unter Verrechnung der üb-
lichen Stückzinsen.

5. Zuteilung. Stückelung.

Die Zuteilung findet untlüchft bald nach dem Zeichnungsabschluss statt. Die bis zur Zuteilung schon bezahlten Beträge gelten als voll zugeteilt. Im übrigen entscheidet die Zeichnungsstelle über die Höhe der Zuteilung. Besondere Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Vermittlungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung der Stückelung kann nicht stattgegeben werden.

Zu allen Schatanweisungen sowohl wie zu den Stücken der Reichsanleihe von 1000 Mark und mehr werden auf Antrag vom Reichsbank-Direktorium ausgestellte Zwischenscheine ausgegeben, über deren Umtausch in endgültige Stücke das Erforderliche später öffentlich bekanntgemacht wird. Die Stücke unter 1000 Mark, zu denen Zwischenscheine nicht vorgesehen sind, werden mit möglicher Beschleunigung fertiggestellt und voraussichtlich im April n. J. ausgegeben werden.

Wünschen Zeichner von Stücken der 5% Reichsanleihe unter 1000 Mark ihre bereits bezahlten, aber noch nicht gelieferten kleinen Stücke bei einer Darlehenskasse des Reichs zu beileihen, so können sie die Ausfertigung besonderer Zwischenscheine zwecks Verpfändung bei der Darlehenskasse beantragen; die Anträge sind an die Stelle zu richten, bei der die Zeichnung erfolgt ist. Diese Zwischenscheine werden nicht an die Zeichner und Vermittlungsstellen aus-geliefert, sondern von der Reichsbank unmittelbar der Darlehens-kasse übergeben.

6. Einzahlungen.

Die Zeichner können die gezeichneten Beträge vom 29. September d. J. an voll bezahlen. Die Verzinsung etwa schon vor diesem Tage bezahlter Beträge erfolgt gleichfalls erst vom 29. September ab. Die Zeichner sind verpflichtet:

30%	des zugeteilten Betrages spätestens am	27	Oktober	d. J.
20%	" " " " " "	24	November	" "
25%	" " " " " "	9	Januar	n. J.
25%	" " " " " "	6	Februar	" "

zu bezahlen. Frühere Teilzahlungen sind zulässig, jedoch nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes. Auch auf

die kleinen Zeichnungen sind Teilzahlungen jederzeit, indes nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes gestattet; doch braucht die Zahlung erst geleistet zu werden, wenn die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt.

Die Zahlung hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist. Die im Laufe befindlichen unverzinslichen Schatzscheine des Reichs werden — unter Abzug von 5% Diskont vom Zahlungst- tage, frühestens aber vom 29. September ab, bis zum Tage ihrer Fälligkeit — in Zahlung genommen.

7. Postzeichnungen.

Die Postanstalten nehmen nur Zeichnungen auf die 5% Reichsanleihe entgegen. Auf diese Zeichnungen kann die Vollzahlung am 29. September, sie muß aber spätestens am 27. Oktober geleistet werden. Auf bis zum 29. September geleistete Vollzahlungen werden Zinsen für 181 Tage, auf alle anderen Vollzahlungen bis zum 27. Oktober, auch wenn sie vor diesem Tage geleistet werden, Zinsen für 158 Tage vergütet.

8. Umtausch.

Den Zeichnern neuer 4½% Schatanweisungen ist es gestattet, daneben Schuldverschreibungen der früheren Kriegsanleihen und Schatanweisungen der I., II., IV. und V. Kriegsanleihe in neue 4½% Schatanweisungen umzutauschen, jedoch kann jeder Zeichner höchstens doppelt so viel alte Anleihen (nach dem Nennwert) zum Umtausch anmelden, wie er neue Schatanweisungen gezeichnet hat. Die Umtauschanträge sind innerhalb der Zeichnungsfrist bei derjenigen Zeichnungs- oder Vermittlungsstelle, bei der die Schatanweisungen gezeichnet worden sind, zu stellen. Die alten Stücke sind bis zum 15. Dezember 1917 bei der genannten Stelle einzureichen. Die Einreicher der Umtauschstücke erhalten auf Antrag zunächst Zwischenscheine zu den neuen Schatanweisungen.

Die 5% Schuldverschreibungen aller vorangegangenen Kriegs-anleihen werden ohne Aufgeld gegen die neuen Schatanweisungen umgetauscht. Die Einlieferer von 5% Schatanweisungen der ersten Kriegsanleihe erhalten eine Vergütung von M. 2.—, die Einlieferer von 5% Schatanweisungen der zweiten Kriegsanleihe eine Vergütung von M. 1.50 für je 100 Mark Nennwert. Die Einlieferer von 4½% Schatanweisungen der vierten und fünften Kriegs-anleihe haben M. 3.— für je 100 Mark Nennwert zuzuzahlen.

Die mit Januar/Julizinsen ausgestatteten Stücke sind mit Zinscheinen, die am 1. Juli 1918 fällig sind, die mit April/Oktoberzinsen ausgestatteten Stücke mit Zinscheinen, die am 1. April 1918 fällig sind, einzureichen. Der Umtausch erfolgt mit Wirkung vom 1. Januar 1918, so daß die Einlieferer von April/Oktober-Stücken auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für ¼ Jahr vergütet erhalten.

Sollen Schuldbuchforderungen zum Umtausch verwendet werden, so ist zuvor ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung (Berlin SW 68, Drantienstr. 92-94) zu richten. Der Antrag muß einen auf den Umtausch hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens bis zum 24. Oktober d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur für den Umtausch in Reichsschat-anweisungen geeignet sind, ohne Zinscheinebogen ausgereicht. Für die Ausreichung werden Gebühren nicht erhoben. Eine Zeichnungs-sperre steht dem Umtausch nicht entgegen. Die Schuldverschreibungen sind bis zum 15. Dezember 1917 bei den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

*Die ungelösten Stücke sämtlicher Kriegsanleihen werden auf Antrag der Zeichner von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin nach Maßgabe seiner für die Niederlegung geltenden Bedingungen bis zum 1. Oktober 1919 vollständig kostenfrei aufbewahrt u. verwahrt. Eine Sperre wird durch diese Niederlegung nicht bedingt; der Zeichner kann sein Depot jederzeit — auch vor Ablauf dieser Zeit — gerädehaben. Die von dem Kontor für Wertpapiere angefertigten Leihscheine werden von den Darlehenskassen wie die Wertpapiere selbst beliehen.